Ressort: Gesundheit

Praxisgebühr: SPD fordert Koalition zur Freigabe der Abstimmung auf

Berlin, 24.10.2012, 08:00 Uhr

GDN - Die SPD hat die Führung der Koalitionsfraktionen im Bundestag aufgefordert, die von ihr beantragte Parlamentsabstimmung über die Abschaffung der Praxisgebühr zuzulassen und die Abgeordneten vom Fraktionszwang zu befreien. Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer der SPD, sagte der "Leipziger Volkszeitung" (Mittwochausgabe): "Es wäre ein böses Foulspiel, wenn die Koalition aufgrund interner Probleme eine Abstimmung über den Antrag der SPD verhindert. Die Koalition sollte lieber darüber nachdenken, die Abstimmung über die Abschaffung der Praxisgebühr freizugeben."

Oppermann sprach von einer "unangenehmen namentlichen Abstimmung" für die Koalition in der Sache, "da die Abgeordneten der Koalition zum SPD-Antrag auf Abschaffung der Praxisgebühr nein sagen müssen, obwohl sie im koalitionsinternen Kuhhandel schon längst an die FDP verkauft wurde". Nach Informationen der Zeitung haben die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP bereits am vergangenen Sonntag bei ihren telefonischen Vorgesprächen vor dem Koalitionsgipfel, der für den 4. November geplant ist, das Aus für die Praxisgebühr grundsätzlich vereinbart. Das wurde der Zeitung aus führenden CDU- und CSU-Kreisen bestätigt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-1051/praxisgebuehr-spd-fordert-koalition-zur-freigabe-der-abstimmung-auf.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619